



## **7. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org**

**Juni 2014**

---

**Autoren: Michelle Ruesch, Julian Ermert  
Zebralog GmbH & Co. KG  
Am Hofgarten 18  
53113 Bonn**

Bereits zum siebten Mal veröffentlicht nun die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) zusammen mit der Servicestelle der Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH den Statusbericht für Bürgerhaushalte in Deutschland. Der Bericht gibt detailliert Auskunft darüber, wie sich Bürgerhaushalte als Beteiligungsinstrumente kommunaler Haushaltsplanung entwickeln. Seit 2008 werden mit dem Statusbericht bundesweit Bürgerhaushalte entlang einheitlicher Statuskategorien (s. Seite 5) erfasst. Entwicklungstrends in der deutschen Bürgerhaushaltslandschaft werden auf diese Weise sichtbar gemacht und liefern damit wichtige Hinweise für alle, die sich näher mit dem Thema Bürgerhaushalte beschäftigen.

In den letzten Jahren haben sich Bürgerhaushalte in Deutschland entlang ihrer Verfahrenstypen stark ausdifferenziert. Mit dem Statusbericht 2013 wurden deshalb erstmals Vergleichsdimensionen (s. Anhang) eingeführt, um die unterschiedlichen Eigenschaften der wachsenden Zahl von Bürgerhaushaltsverfahren genauer zu erfassen. Mit dem vorliegenden Statusbericht 2014 ist es somit möglich, Bürgerhaushalte auch entlang ihrer Verfahrensspezifika, wie etwa Beteiligungsart oder -kanal, miteinander zu vergleichen.

Für den Statusbericht 2014 wurden alle Kommunen recherchiert, die zum Stichtag (11.02.2014) in der Datenbank des Portals *buergerhaushalt.org* erfasst waren. Diese Datenbank beinhaltet alle Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnern sowie kleinere Kommunen, die im Zuge der ständigen Berichterstattung zum Thema Bürgerhaushalte in die Datenbank aufgenommen wurden<sup>1</sup>. Insgesamt wurden in diesem Jahr 432 Kommunen recherchiert. Damit wurden 29 Kommunen mehr erfasst als im Statusbericht 2013. Die Recherche für den Statusbericht erfolgte wie auch in den Vorjahren ausschließlich über das Internet.

**Hinweis:**

Sollten Sie über aktualisierte Informationen zu einer Kommune verfügen, die in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt sind, so teilen Sie uns dies gerne mit. Die Daten werden auf *buergerhaushalt.org* laufend aktualisiert.

Erfasst wurden die einzelnen Statusinformationen und Vergleichsdimensionen entlang eines Katalogs einheitlicher Analysekatoren. Sämtliche Daten werden auf *buergerhaushalt.org* stetig aktualisiert. Die gesamte Datenbank der recherchierten Kommunen und Verfahren kann auch per Open-Data-Schnittstelle auf *buergerhaushalt.org* heruntergeladen werden.<sup>2</sup>

Zu Beginn ist es zunächst sinnvoll auf die grundlegende Definition von Bürgerhaushalten einzugehen, die diesem und den vorhergehenden Statusberichten zugrunde liegt. Sie wurde von Carsten Herzberg und seinen Kollegen und Kolleginnen entwickelt.<sup>3</sup> Demzufolge müssen fünf Bedingungen erfüllt sein, um von einem Bürgerhaushalt sprechen zu können:

- Finanzielle Angelegenheiten müssen im Zentrum des Beteiligungsverfahrens stehen.
- Die Bürgerbeteiligung muss auf Ebene der gesamten Stadt beziehungsweise einer Ebene mit politisch-administrativen Entscheidungsbefugnissen stattfinden.
- Das Verfahren muss auf Dauer und regelmäßige Wiederholung angelegt sein.
- Der Bürgerhaushalt muss einen öffentlichen Diskurs ermöglichen (zum Beispiel im Internet oder vor Ort).<sup>4</sup>
- Es muss eine Form von Rechenschaft zu den Ergebnissen der Beteiligung stattfinden.

<sup>1</sup> Darunter sind neben Kommunen auch Landkreise und Stadtbezirke. Nicht erfasst sind Bürgerhaushalte auf Landesebene.

<sup>2</sup> Die Open-Data-Schnittstelle ist unter folgenden Link zu finden [www.buergerhaushalt.org/de/map](http://www.buergerhaushalt.org/de/map).

<sup>3</sup> Detaillierte Informationen zur Definition von Bürgerhaushalten nach Herzberg sind unter [www.buergerhaushalt.org/de/article/geschichte-und-definition-von-b%C3%BCrgerhaushalten](http://www.buergerhaushalt.org/de/article/geschichte-und-definition-von-b%C3%BCrgerhaushalten) zu finden

<sup>4</sup> Insbesondere für die Recherche des Statusberichtes ist diese Bedingung die wesentliche Grundlage zur Abgrenzung zwischen Bürgerhaushalten und Vorformen.

Informationen zur Datengrundlage des Statusberichtes 2014	
<b>Gesamtzahl der recherchierten Kommunen, Landkreise und Bezirke<sup>5</sup></b>	<b>432</b>
<b>Gesamtzahl der erfassten Verfahren (Status E und F)</b>	<b>87</b>
<b>Gesamtzahl der erfassten Verfahren aus dem Jahr 2013 und 2014</b>	<b>72</b>
<b>Art der erfassten Kommunen</b>	Alle Kommunen mit mindestens 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern + einige wenige Kommunen mit weniger als 40.000 Einwohnern
<b>Rechercheart</b>	Internetrecherche (ausschließlich)

Der folgende Statusbericht ist in zwei Teile gegliedert. Zunächst wird im ersten Teil die aktuelle Verteilung der Statuskategorien vorgestellt und mit den Daten der Vorjahre verglichen. Anschließend stehen im zweiten Teil die Vergleichsdimensionen zur näheren Beschreibung der Beteiligungsverfahren im Vordergrund.

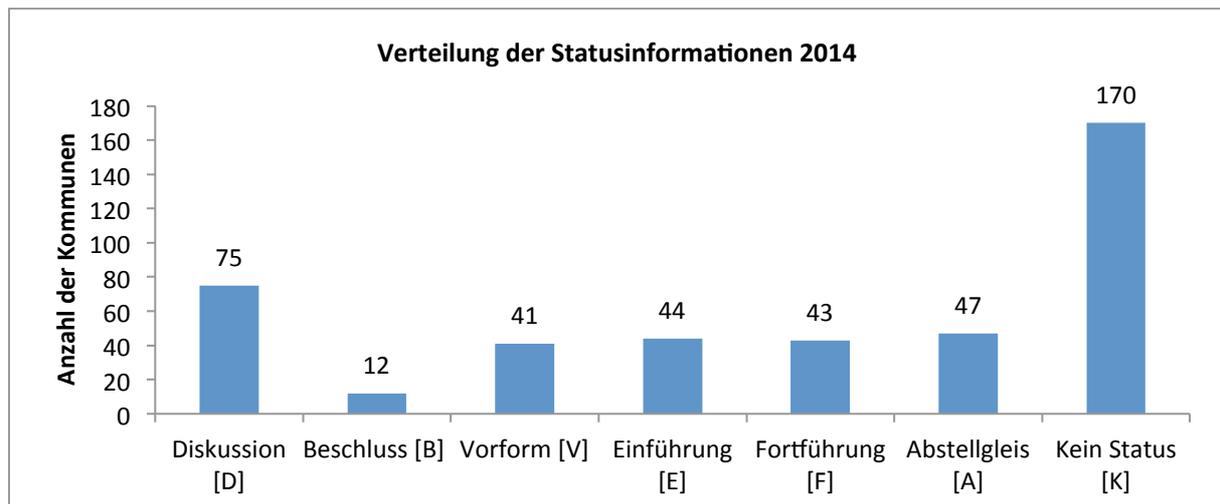
---

<sup>5</sup> Die Liste aller im Statusbericht erfassten Kommunen finden Sie im Anhang dieses Statusberichtes.

# 1. Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland: Eine Gesamtschau

Um einen Überblick über die Landschaft der Bürgerhaushalte in Deutschland zu erhalten, wurden zunächst alle Kommunen aus der Datenbank anhand der bereits etablierten Statuskategorien klassifiziert. Eine Besonderheit im Vergleich zu den Statusberichten der Vorjahre besteht darin, dass im Statusbericht 2014 erstmals auf den Status *Information (I)* verzichtet wurde. In der Erprobung des Codierschemas im Vorfeld der Recherche hatte sich angedeutet, dass dieser Status nicht mehr eindeutig gegenüber anderen Statuskategorien, insbesondere der Kategorie *Diskussion (D)*, abgegrenzt werden konnte. Der Verzicht auf Status *I* sorgt demnach für eine Verbesserung der Eindeutigkeit des Codierschemas und trägt damit den Veränderungen der Bürgerhaushaltslandschaft in den letzten Jahren Rechnung.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die aktuelle Verteilung der Statuskategorien der 432 recherchierten Kommunen, Landkreise und Bezirke (Stand von Februar 2014):



Statuskategorie	Statusbericht 2014	Statusbericht 2013	Veränderung
<b>Diskussion (D)</b>	<b>75</b>	104	<b>-29</b>
<b>Beschluss (B)</b>	<b>12</b>	15	<b>-3</b>
<b>Vorform (V)</b>	<b>41</b>	8	<b>+33</b>
<b>Einführung (E)</b>	<b>44</b>	70	<b>-26</b>
<b>Fortführung (F)</b>	<b>43</b>	26	<b>+17</b>
<b>Abstellgleis (A)</b>	<b>47</b>	28	<b>+19</b>
<b>Kein Status (K)</b>	<b>170</b>	129	<b>+41</b>
<i>Information (I)</i>		23	
<b>Insgesamt</b>	<b>432</b>	403	<b>+29</b>

Die aktuellen Daten zeigen, dass von 432 erfassten Kommunen insgesamt 87 entweder einen Bürgerhaushalt eingeführt haben (Status *E*) oder ihn aktuell fortführen (Status *F*) und damit Bürgerhaushalte als Instrument zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Finanzen aktiv nutzen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das zunächst einen leichten Rückgang um insgesamt neun Bürgerhaushalte. Zählt man allerdings die 41 Kommunen hinzu, die eine

*Vorform (V)* von Bürgerhaushalten eingeführt haben (zum Beispiel Abfragen per E-Mail ohne Diskussionsmöglichkeiten), so steigt die Zahl auf 128 Kommunen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 24 Kommunen, wenn man diese drei Statuskategorien zusammen betrachtet.

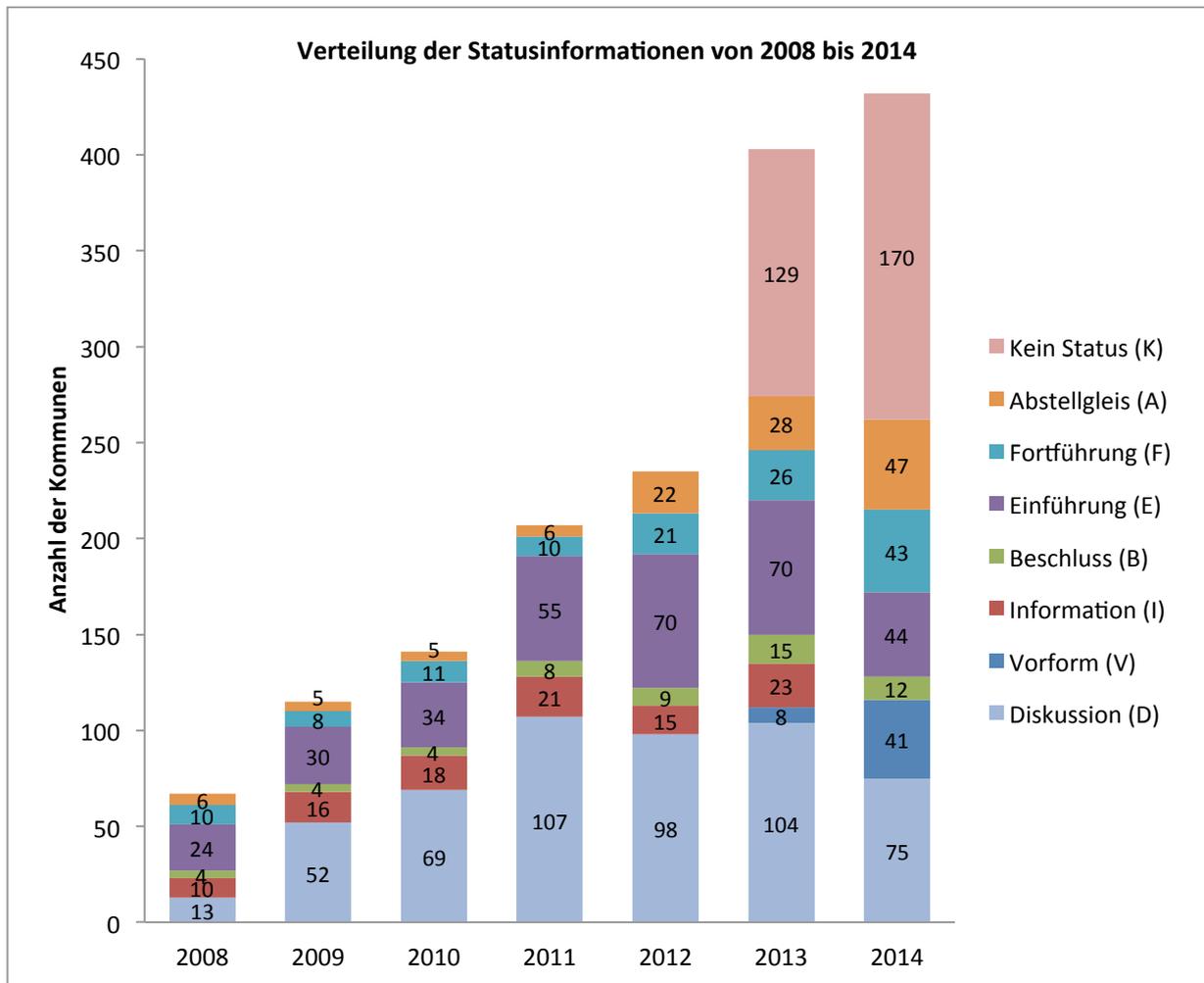
Während in der Kategorie *Vorform (V)* ein starker Zuwachs verzeichnet wurde (von 8 auf 41 Kommunen), ist in der Kategorie *Einführung (E)* ein starker Rückgang festzustellen. Diese Entwicklung ist in gewissem Maße auch der Tatsache geschuldet, dass im Statusbericht 2014 die Kategorie *Vorform (V)* strenger codiert wurde und damit vormals als Einführung klassifizierte Bürgerhaushalte nun der Kategorie *V* zugeordnet wurden, wenn sie nicht den Kriterien eines Bürgerhaushaltes nach Herzberg et al. entsprachen (vgl. Seite 2).

In der Kategorie *Fortführung (F)* zeichnet sich im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs ab. Demnach stieg die Zahl der Kommunen in dieser Kategorie um 17 auf aktuell 43 Kommunen. Zugenommen hat allerdings auch die Zahl derjenigen Kommunen, die ihren Bürgerhaushalt nicht mehr durchführen und ihn folglich auf das *Abstellgleis (A)* geschoben haben. Die Zahl der Kommunen stieg in dieser Kategorie auf 47 Kommunen.

Einen leichten Rückgang verzeichnet die Kategorie *Beschluss (B)*. Dort wurden insgesamt zwölf Kommunen zugeordnet, in denen Stadtratsbeschlüsse zur Einführung eines Bürgerhaushaltes vorliegen. Deutlich zurückgegangen sind auch solche Kommunen in denen die Einführung eines Bürgerhaushaltes diskutiert (*Diskussion (D)*) wird. Deren Zahl sank im Vorjahresvergleich um 29 auf aktuell 75 Kommunen.

Insgesamt machen die aktuellen Daten im Abgleich mit dem Statusbericht 2013 deutlich, dass die Landschaft der Bürgerhaushalte in Deutschland weiterhin in Bewegung ist. Der Zuwachs in der Kategorie *F* gegenüber dem Vorjahr deutet darauf hin, dass ein Teil der Bürgerhaushalte in Deutschland sich als dauerhaftes Instrument der Bürgerbeteiligung in den Kommunen konsolidiert. Auch die in der Summe gestiegene Zahl der Kommunen mit dem Status *E*, *F* und *V* macht deutlich, dass Bürgerhaushalte als Beteiligungsinstrumente von vielen Kommunen neu etabliert wurden bzw. dass erste strukturelle Schritte in deren Richtung von Kommunalverwaltungen unternommen werden. Andererseits zeigt sich an der steigenden Zahl von Bürgerhaushalten auf dem Abstellgleis, dass das Instrument Bürgerhaushalt nicht in allen Kommunen Zuspruch findet. Zudem diskutieren offenbar weniger Kommunen über die Einführung eines Bürgerhaushaltes.

Der Abgleich mit den Daten der letzten sechs Statusberichte ermöglicht es, längerfristige Entwicklungen sichtbar zu machen. Das folgende Diagramm zeigt die Verteilung der Statuskategorien von 2008 bis heute:



Zunächst wird dabei deutlich, dass die Gesamtzahl der in den Statusberichten erfassten Kommunen stetig gewachsen ist. Der deutliche Sprung zwischen den Jahren 2012 und 2013 ist durch die zusätzliche Recherche aller Kommunen mit mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu erklären. Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Statuskategorien näher, so fällt auf, dass sowohl die Zahl der Bürgerhaushalte mit Statuskategorie *Fortführung (F)* als auch die Bürgerhaushalte auf dem *Abstellgleis (A)* seit 2009 stetig wächst. Die Zahl der *Einführungen (E)* von Bürgerhaushalten scheint sich nach einer Hochphase von 2011 bis 2013 wieder langsam dem Niveau von 2010 anzunähern. Hier gilt es allerdings zu beachten, dass die Kategorie *Vorform (V)* im Statusbericht 2013 neu aufgenommen wurde. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch beim Status *Diskussion (D)*.

In der folgenden Legende werden die einzelnen Statuskategorien nochmals näher erläutert:

Statuskategorie	Erläuterungen
<b>Diskussion (D)</b>	Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wird in der Kommune diskutiert. Der Bürgerhaushalt wird z. B. von einer Partei oder einer nicht-staatlichen Organisation eingefordert. Die Einführung ist oft umstritten. Ein Ratsbeschluss zur Einführung liegt nicht vor. Die neueste Forderung nach der Einführung eines Bürgerhaushalts ist nicht älter als zwei Jahre.
<b>Beschluss (B)</b>	Die Einführung eines Bürgerhaushaltes wurde durch den Rat, im besten Fall einstimmig, beschlossen. Ein Ratsbeschluss liegt vor.

<b>Vorform (V)</b>	Das derzeit durch die Kommune durchgeführte Verfahren zur Bürgerbeteiligung am Haushalt entspricht noch nicht einem vollwertigen Bürgerhaushalt (vgl. Definition auf Seite 1). Dazu bedarf es insbesondere erweiterter Interaktionsformen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und/oder Politikerinnen und Politikern. Diese könnten bspw. in Form einer Online-Beteiligungsplattform oder in Form von Bürgerversammlungen eröffnet werden. Konstitutiv für einen Bürgerhaushalt ist die Möglichkeit eines öffentlichen Diskurses über den Haushalt. Besteht hingegen nur die Möglichkeit via E-Mail oder mit Hilfe von Online-Formularen Vorschläge für den kommunalen Haushalt an die Verwaltung zu schicken, so ist der Status V anzuwenden. Beteiligungsverfahren mit dem Status V bieten keine interaktiven Diskussionsmöglichkeiten über den Haushalt. Zur Beteiligung in Form von Rückmeldungen (s.o.) wird jedoch explizit und sichtbar von der Kommune aufgerufen. Der Status V wird an Kommunen vergeben, die die von ihnen durchgeführte Bürgerbeteiligung am Haushalt als „Bürgerhaushalt“ bezeichnen (auch wenn dieser de facto noch keiner ist).
<b>Einführung (E)</b>	Der Bürgerhaushalt wird zum ersten oder zweiten Mal durchgeführt. Die Öffentlichkeit wird nicht nur über den Haushalt informiert (z.B. durch eine Broschüre), sondern auch konsultiert: Sie hat die Möglichkeit, Verwaltungsvorschläge zu bewerten und/oder eigene Vorschläge einzubringen, zu diskutieren und zu bewerten. Darüber hinaus ist eine Rückmeldung darüber vorgesehen (Rechenschaft), ob und wie die Bürgervorschläge berücksichtigt wurden. Der Status E kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.
<b>Fortführung (F)</b>	Der Bürgerhaushalt wird zum dritten Mal oder häufiger durchgeführt. Es zeichnet sich (erst jetzt) ab, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern ein fester und dauerhafter Bestandteil des Haushaltsplanungsverfahrens werden könnte/wird. Der Status F kann nur vergeben werden, sofern der letzte durchgeführte Bürgerhaushalt nicht länger als zwei Jahre zurückliegt. Liegt der letzte Bürgerhaushalt mehr als zwei Jahre zurück, ist der Status A zu vergeben.
<b>Abstellgleis (A)</b>	Der Bürgerhaushalt oder Vorformen, wie z.B. Bürgerinformationsveranstaltungen, werden nicht mehr durchgeführt. Die Einführung oder Fortführung des Bürgerhaushaltes wurde abgebrochen oder war nicht vorgesehen. Der letzte Bürgerhaushalt oder eine Vorform liegen mehr als zwei Jahre zurück. Ggf. gibt es zur Einstellung des Bürgerhaushaltes eine offizielle Stellungnahme der Stadtverwaltung. Ein Bürgerhaushalt steht in absehbarer Zeit nicht an und wird nicht diskutiert.
<b>Kein Status (K)</b>	Der Status K wird insbesondere dann vergeben, wenn in der Kommune die Einführung eines Bürgerhaushalts kein Thema ist.

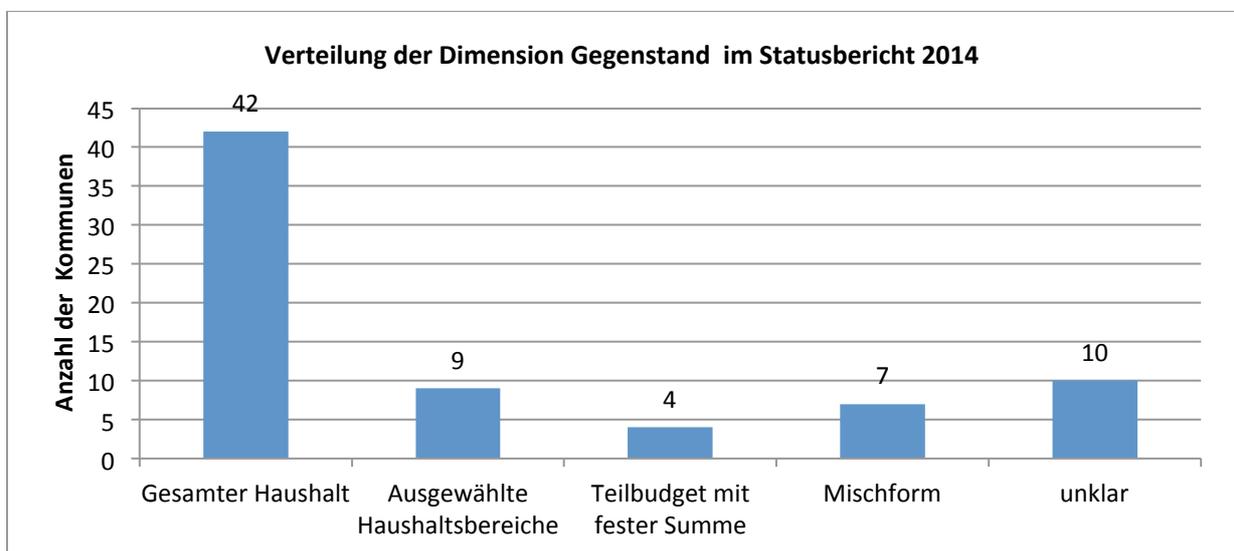
## 2. Der Blick ins Detail: Eigenschaften der Verfahren

Im Jahr 2013 wurden für den Statusbericht erstmalig über die Statuskategorien hinaus alle Bürgerhaushalte auch auf eine Reihe von Vergleichsdimensionen hin untersucht. Für den vorliegenden Statusbericht wurde dieses Vorgehen wiederholt, sodass sich Aussagen darüber treffen lassen, welche Charakteristika Bürgerhaushalte in Deutschland typischerweise aufweisen und wo Unterschiede im Verfahren bestehen.

Berücksichtigt wurden in den folgenden Darstellungen alle Kommunen mit dem Status *E* und *F*, deren zugehörige Verfahren im Jahr 2013 und bis Februar 2014 (dem Erhebungszeitpunkt der Daten für den vorliegenden Bericht) durchgeführt oder initiiert wurden. Zusammengenommen sind insgesamt 72 Verfahren. Im Unterschied zum Statusbericht 2013 wurde außerdem für die Vergleichsdimensionen jeweils eine Kategorie namens *unklar* eingeführt. Verfahren, zu denen im Internet keine eindeutigen Informationen recherchiert werden konnten, wurden dieser Kategorie zugeordnet.

## 2.1 Gegenstand

In der Vergleichsdimension **Gegenstand** wird die Frage gestellt, welche Teile des Haushaltes Gegenstand des Bürgerhaushaltes sind. Unterschieden wird dabei zwischen Bürgerhaushalten, in denen Bürgerinnen und Bürger Vorschläge und Ideen bezüglich des *gesamten Haushaltes* oder nur zu *ausgewählten Haushaltsbereichen*, zum Beispiel zu Wohnen, Arbeit oder Jugend, abgeben können. Unter *Teilbudget mit fester Summe* sind Bürgerhaushalte zu verstehen, die eine feste Summe (zum Beispiel 100.000 Euro) bereitstellen, für deren Nutzung Vorschläge eingereicht werden können. Damit beschränkt sich der Bürgerhaushalt nur auf ein Teilbudget des gesamten kommunalen Haushaltes. Unter *Mischform* werden alle Bürgerhaushalte gefasst, deren Gegenstände eine Mischung aus den Ausprägungen gesamter Haushalt, Teilbudget mit fester Summe und ausgewählte Haushaltsbereiche darstellen. Eine mögliche Kombination ist etwa die Möglichkeit der Vorschlagsabgabe zum gesamten Haushalt sowie die Bereitstellung eines Teilbudgets mit fester Summe.<sup>6</sup>



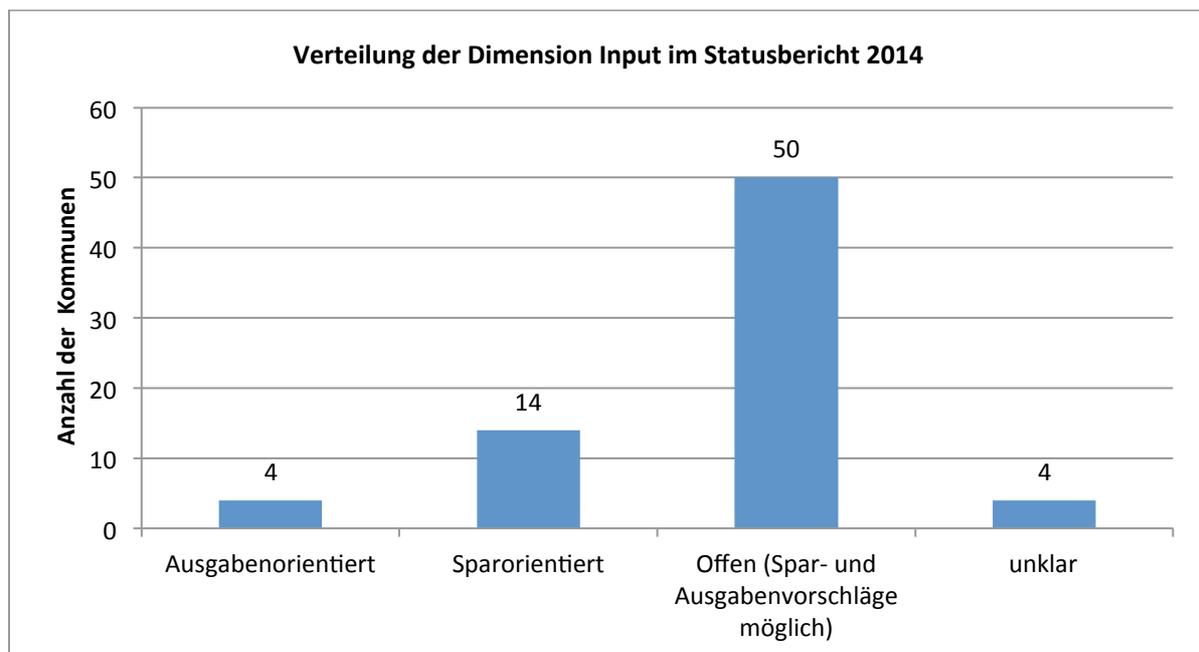
In dieser Vergleichsdimension ergibt sich eine klare Verteilung. Demnach wird deutlich, dass ein großer Teil der erfassten Bürgerhaushaltsverfahren die Bürgerinnen und Bürger an der Planung des gesamten Haushaltes beteiligt<sup>7</sup>. Mit deutlichem Abstand folgen Verfahren, in denen Kommunen gezielt einzelne Haushaltsbereiche ins Zentrum ihres Beteiligungsverfahrens stellen. Dieser Kategorie sind insgesamt 9 Verfahren zugeordnet, wie etwa die Bürgerhaushalte Erfurt, Jena oder Berlin-Neukölln. Über feste Teilbudgets verfügen etwa die Bürgerhaushalte in Cottbus oder Eberswalde.

<sup>6</sup> Eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Kategorien befindet sich im Anhang des Berichtes auf Seite 13. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf eine tiefere Spezifikation der einzelnen Kategorien an dieser Stelle verzichtet.

<sup>7</sup> Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass aus rechtlichen Gründen viele Haushaltsbereiche nicht durch den Bürgerhaushalt beeinflussbar sind, z. B. Personalkosten.

## 2.2 Input

Die Vergleichsdimension **Input** beschreibt, welche Art von Vorschlägen Bürgerinnen und Bürger einbringen können. Der Input für einen Bürgerhaushalt kann etwa darin bestehen, ausschließlich Vorschläge oder Ideen der Bürgerinnen und Bürger für Ausgaben (*ausgabenorientiert*) oder für Einsparungen (*sparorientiert*) im kommunalen Haushalt zu erhalten. Auch die Kombination aus Ausgaben- und Sparvorschlägen (*offen*) ist möglich.

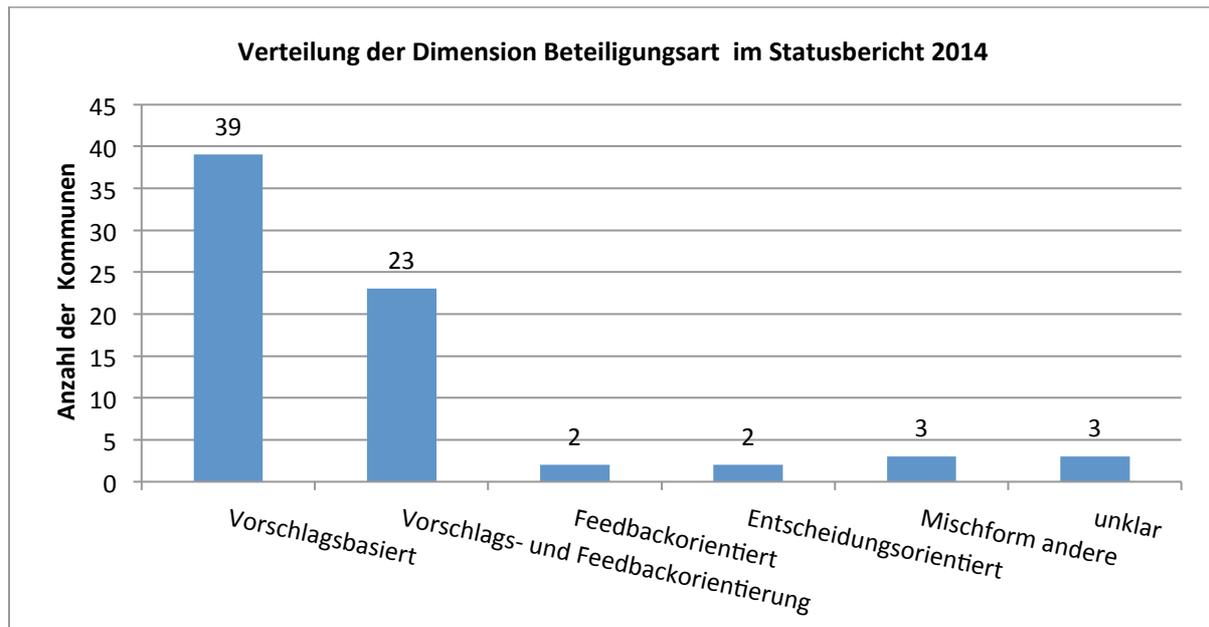


Auch in dieser Verteilung fällt ein eindeutiger Schwerpunkt auf. Demnach können bei der Mehrheit der erfassten Verfahren, insgesamt 50, sowohl Spar- als auch Ausgabenvorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden. Die zweitgrößte Gruppe mit 14 Kommunen bilden Bürgerhaushaltsverfahren, die darauf abzielen ausschließlich Bürgervorschläge für Sparmaßnahmen zu generieren. Die kleinste Zahl der Bürgerhaushalte ist nach der aktuellen Datenlage ausschließlich interessiert an Investitionsvorschlägen der Bürgerinnen und Bürger. Kommunen in dieser Gruppe sind etwa die Stadt Eberswalde oder Cottbus. Trotz leichter Umschichtungen zeigt sich im Vergleich zum Statusbericht 2013 eine ähnliche Datenverteilung.

## 2.3 Beteiligungsart

In der Vergleichsdimension **Beteiligungsart** wird erfasst, wie sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Bürgerhaushalt beteiligen können. Bürgerhaushalte können demnach etwa *vorschlagsbasiert* sein, das bedeutet Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit eigene Vorschläge einzubringen (und meist auch die Vorschläge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu kommentieren). Am Ende entscheidet dann der Stadtrat über deren Berücksichtigung. Bei *feedbackorientierten* Bürgerhaushalten handelt es sich um Verfahren, in denen Bürgerinnen und Bürger keine eigenen Vorschläge einbringen können. Die Stadtverwaltungen sind vielmehr an Feedback zu Vorschlägen interessiert, die sie selbst zur Diskussion stellen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer solcher Verfahren können etwa an Umfragen der Stadt

teilnehmen oder ihre Präferenzen in Bezug auf bestimmte kommunale Aufgabenfelder äußern. Die Kombination aus diesen beiden Beteiligungsarten bildet die Kategorie *vorschlags- und feedbackorientiert*. Dem gegenüber sind Bürgerhaushalte *entscheidungsorientiert*, wenn Bürgerinnen und Bürger darin konkrete Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf den kommunalen Haushalt oder dessen Teilbereiche haben. In diesen Verfahren hat sich der Stadtrat häufig dazu verpflichtet, die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger formal zu beschließen. In der Kategorie *Mischformen* werden Verfahren erfasst, die eine Kombination aus vorschlagsbasierten sowie entscheidungs- und/oder feedbackorientierten Verfahren darstellen.

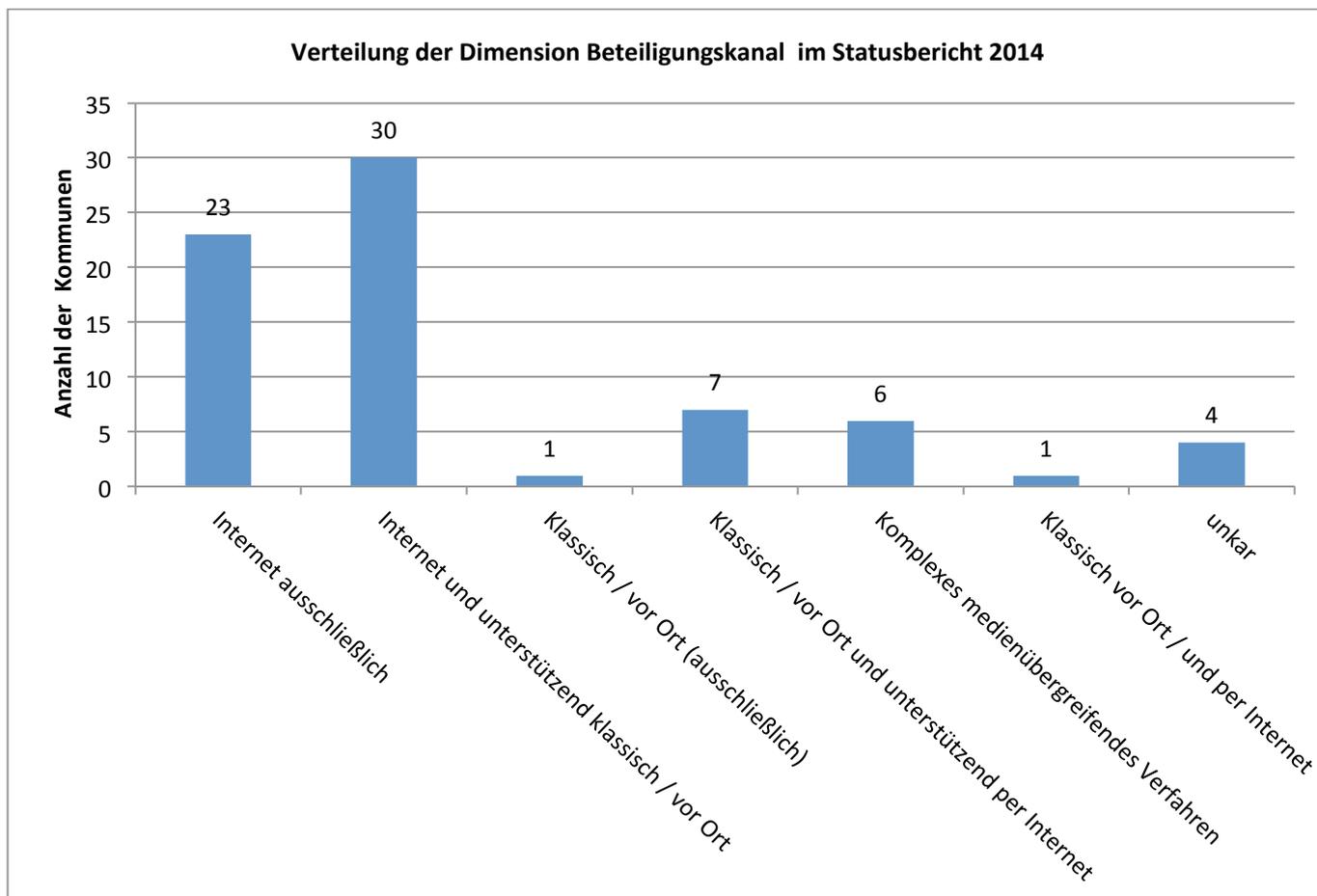


Es zeigt sich, dass die Mehrzahl der Bürgerhaushaltsverfahren in Deutschland vorschlagsbasiert ist. In dieser Kategorie befinden sich mit 39 zugeordneten Verfahren knapp doppelt so viele Kommunen wie in der nächst größeren Gruppe, in der Kommunen mit vorschlags- und feedbackorientierten Bürgerhaushalten erfasst sind. Demgegenüber bilden die Mischformen sowie die feedback- und entscheidungsorientierten Verfahren die Minderheit. So gibt es in den hier erfassten Verfahren lediglich 2 Kommunen, nämlich Cottbus und Eberswalde, in denen Bürgerinnen und Bürger als de facto Entscheidungsgremium fungieren.

## 2.4 Beteiligungskanal

Mit der Dimension **Beteiligungskanal** werden die Kommunikationskanäle erfasst über die Bürgerinnen und Bürger am Bürgerhaushalt teilnehmen können. Generell wird hier zwischen Beteiligungskanälen im Internet oder klassisch/vor Ort unterschieden. Dabei wird genauer unterschieden zwischen Bürgerhaushaltsverfahren, die ausschließlich das Internet als Beteiligungskanal nutzen (*Internet ausschließlich*) und Verfahren, in denen das Internet den Hauptkanal darstellt, aber zusätzlich unterstützt wird durch Vor-Ort-Formate, wie etwa Bürgerversammlungen oder durch die Möglichkeit Vorschläge direkt im Rathaus abgeben zu können (*Internet und unterstützend klassisch/vor Ort*). Analog dazu werden Bürgerhaushalte erfasst, bei denen die Teilnahmen nur vor Ort möglich ist (*klassisch/vor Ort*) oder bei denen neben diesen

Beteiligungsmöglichkeiten das Internet unterstützend eingesetzt wird (*klassisch/vor Ort und unterstützend per Internet*). Darüber hinaus werden auch Verfahren codiert, bei denen keine klare Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenbeteiligungskanälen zu erkennen ist. Dies sind zum einen Verfahren, bei denen beide Komponenten in einem komplexen Verfahren konzeptionell miteinander verbunden sind (*Komplexes medienübergreifendes Verfahren*) und zum anderen Verfahren, bei denen diese konzeptionelle Verbindung nicht zu erkennen ist (*klassisch vor Ort/ und per Internet*).



Die aktuelle Datenlage zeigt, dass Bürgerhaushalte in Deutschland stark auf das Internet zurückgreifen, um Bürgerinnen und Bürger an kommunaler Finanzplanung zu beteiligen. Mit der Verteilung im Statusbericht 2014 prägt sich in diesen Kategorien jedoch ein noch akzentuierteres Bild gegenüber der Datenverteilung des vergangenen Statusberichtes aus.

Die meisten Bürgerhaushaltsverfahren, insgesamt 30, nutzen demnach das Internet als primären Beteiligungskanal und greifen parallel auf unterstützende Vor-Ort-Beteiligung, wie Bürgerversammlungen, Bürgerworkshops oder die Abgabe von Vorschlägen im Rathaus, zurück. Bürgerhaushalte, die ausschließlich über Online-Foren oder spezielle Teilnehmungsplattformen realisiert werden, bilden mit etwas Abstand die zweitgrößte Gruppe in dieser Verteilung.

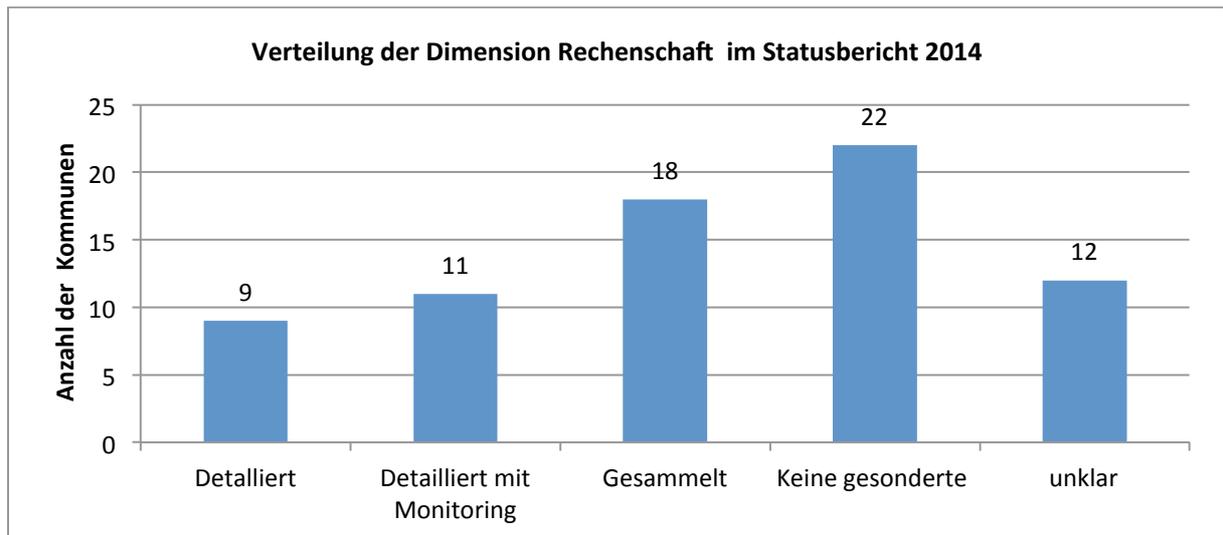
Nimmt man dem gegenüber Bürgerhaushaltsverfahren in den Blick, die ihren Schwerpunkt nicht auf das Internet als Beteiligungskanal legen, so ergibt sich auch hier eine klare Verteilung, wenn auch auf geringerem Niveau. Demnach legen sieben Kommunen, wie etwa Eberswalde oder Jena, bei ihren Verfahren das Gewicht auf das Gespräch vor Ort und nutzen das Internet

lediglich als unterstützenden Beteiligungs- oder Informationskanal. Dieser Gruppe von Verfahren steht insgesamt ein Verfahren gegenüber, nämlich das der Kommune Schmölln, welche über keine Online-Beteiligungskomponente verfügt. Daneben zeigt die aktuelle Datenverteilung, dass sechs Verfahren über ein komplexes medienübergreifendes und integriertes Beteiligungskonzept verfügen, in denen weder Online- noch Vor-Ort-Beteiligungsmöglichkeiten den Schwerpunkt bilden. Ein Verfahren verfügt ebenfalls über diese beiden Beteiligungskanäle, jedoch sind diese nicht erkennbar durch ein integriertes Konzept miteinander verwoben.

## 2.5 Rechenschaft

Die letzte Vergleichskategorie zur Beschreibung der Verfahrenstypen beschäftigt sich mit der Art der **Rechenschaftslegung**, das heißt mit der Frage, wie die Kommunen mit den Vorschlägen aus den Bürgerhaushalten nach Beendigung des Beteiligungsverfahrens umgehen und wie sie die Umsetzung weiter nach außen kommunizieren.

In dieser Kategorie werden insgesamt vier unterschiedliche Ausprägungen erfasst. So werden zunächst Verfahren beschrieben, die nicht gesondert Rechenschaft ablegen (*keine gesonderte*). Kommunen mit solchen Bürgerhaushaltsverfahren informieren gegebenenfalls im Rahmen des regulären Haushaltsberichtes über die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes und deren Umsetzung. Daneben ist in dieser Kategorie die Ausprägung *gesammelte Rechenschaftslegung* zu finden. Dieser werden Verfahren zugeordnet, die Rechenschaft über die Ergebnisse und deren Umsetzung zum Beispiel in Form eines zentralen Berichtes ablegen, in dem Ratsbeschlüsse oder Anmerkungen der Verwaltung zu den einzelnen oder bestbewerteten Bürgervorschlägen veröffentlicht werden. Demgegenüber steht die *detaillierte Rechenschaftslegung*. Diese Form der Rechenschaft erfolgt vorschlagsbezogen, nicht gesammelt in einem Dokument. Solche Bürgerhaushalte veröffentlichen etwa auf ihrer Online-Beteiligungsplattform zu jedem Vorschlag einzeln die zugehörigen Stellungnahmen des Stadtrates oder Anmerkungen der Verwaltung. Komplettiert wird diese Vergleichskategorie mit der Ausprägung *Detailliert mit Monitoring*. Darunter werden Bürgerhaushaltsverfahren gefasst, die neben der detaillierten Rechenschaft zusätzlich stetig über den neuesten Stand der Umsetzung zu jedem Vorschlag berichten. Ein solches Monitoring kann zum Beispiel auf einer Online-Beteiligungsplattform realisiert werden.



Auch in der Vergleichsdimension Rechenschaftslegung bildet sich eine deutliche Gewichtung heraus. Demnach informiert die Mehrheit der Bürgerhaushalte in Deutschland über die Ergebnisse des Verfahrens und deren weitere Umsetzung entweder in gesammelter Form, etwa mittels eines Gesamtberichtes, oder im Rahmen des allgemeinen, obligatorischen Haushaltsberichtes. Mit 22 dort zugeordneten Verfahren bildet letztere Form der Rechenschaft gleichsam auch die größte Gruppe, während 18 Verfahren Rechenschaft gesammelt vollziehen. Auf etwa gleichem Niveau bewegen sich Verfahren deren Rechenschaft detailliert oder zusätzlich mit einem damit verknüpften Monitoring erfolgt. Im Vergleich zu den Daten des Statusberichtes 2013 lässt sich feststellen, dass die allgemeinen Grundzüge der Rechenschaftslegung von Bürgerhaushalten in Deutschland sich nicht wesentlich verändert haben.

# Anhang

## A.1 Detaillierte Beschreibung der einzelnen Ausprägungen der Vergleichsdimensionen

Vergleichsdimension Gegenstand	Erläuterungen
<b>Gesamter Haushalt</b>	Es ist keine Eingrenzung des Bürgerhaushaltes auf nur einen Teil des kommunalen Haushaltes ersichtlich. Der Bürgerhaushalt bezieht sich damit auf den gesamten Haushalt. Bürgerinnen und Bürger können direkt (ausgewiesener Haushaltsposten) oder indirekt (über eine Sonstiges-Kategorie) zu jedem Bereich des Haushaltes Vorschläge einbringen.
<b>Ausgewählte Haushaltsbereiche</b>	Der Bürgerhaushalt beschränkt sich auf ausgewählte Haushaltsbereiche (z.B. Arbeit, Wohnen, Bildung).
<b>Teilbudget mit fester Summe</b>	Der Bürgerhaushalt beschränkt sich auf eine feste Summe (bspw. 100.000 Euro). Der Bürgerhaushalt bezieht sich damit nur auf ein Teilbudget des gesamten kommunalen Haushaltes.
<b>Mischform</b>	Jegliche Mischform aus „Gesamter Haushalt“, „Teilbudget mit fester Summe“ und „Ausgewählte Haushaltsbereiche“. Mögliche Mischformen sind z.B. „Gesamter Haushalt und Teilbudget mit fester Summe“, wenn sich ein Bürgerhaushalt grundsätzlich auf den gesamten Haushalt bezieht, aber zusätzlich ein gesondertes Teilbudget (z.B. Stadtteifonds) beinhaltet.

Vergleichsdimension Input	Erläuterungen
<b>Ausgabenorientiert</b>	Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen vorwiegend Vorschläge für Investitionsmaßnahmen (z.B. Neubau eines Schwimmbades o.ä.) einbringen und/oder kommentieren. Ziel bzw. Zweck des Bürgerhaushaltes ist es, zukünftige Ausgaben im kommunalen Haushalt zu ermitteln. Im Rahmen des Bürgerhaushaltes werden daher besonders Vorschläge für zukünftige kommunale Ausgaben gesucht.
<b>Sparorientiert</b>	Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen Vorschläge einbringen und/oder kommentieren, die vorwiegend Sparmaßnahmen oder Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation beinhalten. Primäres Ziel bzw. Zweck des Bürgerhaushalts ist es, zur kommunalen Haushaltskonsolidierung beizutragen. Im Rahmen des Bürgerhaushaltes werden daher besonders Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gesucht.
<b>Offen (Spar- und Ausgabenvorschläge möglich)</b>	Jegliche Mischung aus „sparorientiert“ und „ausgabenorientiert“. Mögliche Mischformen sind z.B.: „eher sparorientiert“, wenn besonders Sparvorschläge gesucht werden, aber auch Vorschläge für Investitionsmaßnahmen im weiteren Verfahren, bspw. bei der Aufstellung einer Bestenliste, berücksichtigt werden; „eher ausgabenorientiert“, wenn besonders Investitionsmaßnahmen ermittelt werden sollen, aber auch Sparvorschläge im weiteren Verfahren, bspw. bei der Aufstellung einer Bestenliste, berücksichtigt werden.

Vergleichsdimension Beteiligungsart	Erläuterungen
--	---------------

<b>(Beteiligungsmodus)</b>	
<b>Vorschlagsbasiert</b>	Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Möglichkeit im Rahmen des Bürgerhaushaltes eigene Vorschläge einzubringen sowie diese zu kommentieren und/oder zu bewerten. Der Rat entscheidet selbstständig über die Vorschläge.
<b>Vorschlags- und Feedbackorientiert</b>	Es besteht sowohl Möglichkeit selber Vorschläge einzubringen als auch Vorschläge der Verwaltung zu kommentieren bzw. zu bewerten.
<b>Feedbackorientiert</b>	Die Verwaltung sucht im Rahmen des Bürgerhaushaltes Feedback von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum kommunalen Haushalt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können <b>keine</b> eigenen Vorschläge in den Bürgerhaushalt einbringen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können bspw. Vorschläge der Verwaltung kommentieren und/oder bewerten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können an einer Umfrage der Verwaltung teilnehmen, die bspw. die Präferenzen der Bürger für bestimmte kommunale Aufgabenfelder abfragt.
<b>Entscheidungsorientiert</b>	Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen im Rahmen des Bürgerhaushaltes eine Entscheidung über den kommunalen Haushalt oder bestimmte Teile des kommunalen Haushalts treffen oder konkret vorbereiten. Der Rat hat sich dazu verpflichtet, diese Entscheidung formal zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen. Im Ergebnis treten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bürgerhaushalt de facto als Entscheidungsgremium auf. Die Rolle des Rates beschränkt sich in diesem Fall auf die Umsetzung der durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerhaushaltes vorbereiteten Entscheidungen in einen Beschluss des Rates ohne vorhergehende materielle Prüfung. Oft geht es hier um die konkrete Verwendung eines Teilbudgets für bestimmte Zwecke (z.B. 10000 Euro für Jugendprojekte).
<b>Mischform andere</b>	Jegliche Mischform aus „Vorschlagsbasiert“, „Feedbackorientiert“ und „Entscheidungsorientiert / Budgetorientiert“.

<b>Vergleichsdimension</b>	<b>Erläuterungen</b>
<b>Beteiligungskanal</b>	
<b>Internet ausschließlich</b>	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist ausschließlich über das Internet möglich.
<b>Internet und unterstützend / klassisch vor Ort</b>	Der Bürgerhaushalt wird hauptsächlich über das Internet durchgeführt. Ergänzend gibt es jedoch bspw. die Möglichkeit Vorschläge per Post, telefonisch, per SMS, per Fax und/oder persönlich bei der Verwaltung einzureichen bzw. Feedback zu Vorschlägen zu geben.
<b>Klassisch vor Ort</b>	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist nur persönlich bei Veranstaltungen vor Ort, sowie per Post, telefonisch, per SMS und/oder per Fax möglich.
<b>Klassisch / vor Ort und unterstützend per Internet</b>	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist vornehmlich persönlich bei Veranstaltungen vor Ort, per Post, telefonisch, per SMS oder per Fax möglich. Ergänzend gibt es bspw. die Möglichkeit Vorschläge per E-Mail einzureichen. Eine Online-Beteiligungsplattform für den Bürgerhaushalt gibt es nicht.
<b>Komplexes</b>	Eine Teilnahme am Bürgerhaushalt ist sowohl über das Internet als

<b>medienübergreifendes Verfahren</b>	auch per Post, telefonisch, per SMS, per Fax und bei Veranstaltungen vor Ort möglich. Eine klare Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenkanälen ist aber nicht möglich. Das Verfahren basiert auf einer komplexen Verbindung der verschiedenen Kanäle (vgl. Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg).
<b>Klassisch vor Ort / und per Internet</b>	Eine klare Unterscheidung von Haupt- und Nebenkanälen ist nicht erkennbar. Insbesondere fehlt jedoch eine erkennbare Vernetzung der genutzten Kanäle. In diese Kategorie fallen häufig Bürgerhaushalte, die sich noch in der Entwicklung befinden.

Vergleichsdimension Rechenschaftslegung	Erklärung
<b>Detailliert</b>	Die Rechenschaftslegung findet bezogen auf einzelne Vorschläge statt. Informationen zu Ratsbeschlüssen, Verwaltungsempfehlungen und ggf. weitere Informationen (z.B. Stellungnahmen der Ratsfraktionen zu einzelnen Vorschlägen) werden bspw. auf der Online-Plattform des Bürgerhaushaltes unter den betreffenden Vorschlägen eingestellt. Hierzu zählt <b>nicht</b> die Verlinkung eines Dokumentes, das eine gesammelte Rechenschaftslegung enthält. Gibt es <b>zusätzlich</b> zur detaillierten Rechenschaftslegung eine gesammelte Rechenschaftslegung (s.o.), gilt dies als „detaillierte Rechenschaftslegung“.
<b>Detailliert mit Monitoring</b>	Es findet eine detaillierte Rechenschaftslegung statt (s.o.). <b>Zusätzlich</b> sind, bspw. auf der Online-Plattform des Bürgerhaushaltes, regelmäßig aktualisierte Informationen zum Umsetzungsstatus eines Vorschlages einsehbar; z.B. „Maßnahme befindet sich in der Umsetzung“ o.ä. Befindet sich das Verfahren zum Zeitpunkt der Codierung in der Durchführung, sind Verfahrensbeschreibungen oder Rechenschaftsberichte vergangener Verfahren heranzuziehen, um ermitteln zu können, ob eine regelmäßige Rechenschaftslegung vorgesehen ist.
<b>Gesammelt</b>	Die Rechenschaftslegung findet gesammelt statt. Dies kann bspw. in einem Dokument erfolgen, das Ratsbeschlüsse und Verwaltungsempfehlungen zu den (bestbewerteten) Vorschlägen erfasst. Verweist ein Link auf der Online-Plattform eines Bürgerhaushaltes bzw. unter einzelnen Vorschlägen auf der Plattform nur auf ein Dokument, das eine gesammelte Rechenschaftslegung beinhaltet, so gilt dies als „Gesammelte Rechenschaftslegung“. Gibt es <b>zusätzlich</b> zur gesammelten Rechenschaftslegung eine detaillierte Rechenschaftslegung (s.u.), gilt dies als „detaillierte Rechenschaftslegung“.
<b>Keine gesonderte</b>	Es findet keine gesonderte Rechenschaftslegung statt. Ggf. wird über Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit der Rechenschaftslegung zum regulären kommunalen Haushalt informiert.

## A.2 Übersicht aller Kommunen und mit ihrer aktuellen Statuszuordnung

Status Abstellgleis (A)			
Aachen	Bottrop	Gladbeck	Kerpen
Artland (Samtgemeinde)	Bremen/Walle (Stadtteil)	Golm (Ortsteil von Potsdam)	Landau
Babenhäusen	Bruchsal	Göttingen	Lüdenscheid

Bad Honnef	Castrop-Rauxel	Hamburg	Marl
Bad Oeynhausen	Celle	Hamm	Much
Bannewitz	Diepholz	Hatten	Oldenburg
Bergheim	Eisenach	Herzogenrath	Salzgitter
Berlin Tempelhof-Schöneberg	Essen	Hildesheim	Sankt Augustin
Bitterfeld-Wolfen	Esslingen am Neckar	Hürth	Stolberg
Bochum	Frankfurt am Main	Jüterbog	Tübingen
Borchen	Geislingen an der Steige	Kassel	Velten
			Vlotho
			Wadersloh
			Wenden

## Status Beschluss (B)

Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf	Dresden	Hille	Stahnsdorf
Brandenburg an der Havel	Elsdorf	Lengerich	Troisdorf
Braunschweig	Herne	Odenwaldkreis	Waldshut-Tiengen

## Status Diskussion (D)

Ansbach	Heilbad Heiligenstadt	Lüneburg	Sprockhövel
Arnsberg	Herten	Mainz	Stade
Baden-Baden	Hofheim	Mannheim	Stadt Voerde
Biblis	Iserlohn	Memmingen	Stralsund
Brühl (Rheinland)	Jever	München	Suhl
Dinslaken	Kaiserslautern	Neumünster	Titisee-Neustadt
Dreieich	Karlsruhe	Nürnberg	Trebur
Düsseldorf	Kaufbeuren	Obertshausen	Ulm
Eisenhüttenstadt	Kiel	Offenburg	Warendorf
Elsfleth	Konstanz	Oranienburg	Weiden in der Oberpfalz
Erfstadt	Kornwestheim	Pinneberg	Weinheim
Erlangen	Krefeld	Plauen	Wernigerode
Falkensee	Laer	Plettenberg	Wertheim
Flörsheim am Main	Landshut	Porta Westfalica	Wiesbaden
Freising	Langenfeld (Rheinland)	Regensburg	Wismar
Grevenbroich	Lehrte	Schmallenberg	Wolfsburg
Hanau	Leverkusen	Schwedt/Oder	Wunstorf
Hannover	Lippstadt	Schwentinental	Würzburg
Hattingen	Lübeck	Speyer	

## Status Vorform (V)

Allstedt	Gera	Leichlingen	Rödermark
Bad Hersfeld	Goslar	Lennestadt	Rüsselsheim
Bad Wildungen	Groß-Umstadt	Lünen	Schwerte
Berlin Treptow-Köpenick	Hagen	Moosburg	Südlohn
Bingen	Hennef	Nettetal	Tönisvorst
Borkheide	Ilmenau	Neuwied	Uelzen
Delmenhorst	Ingolstadt	Nidderau	Waldeck-Frankenberg
Dessau-Roßlau	Kaarst	Parchim	Waldfeucht
Dortmund	Kierspe	Ratingen	Wetteraukreis
Emsdetten	Koblenz	Rietberg	Wolgast
			Zwickau

## Status Einführung (E)

Bischofsheim	Gelsenkirchen	Mayen-Koblenz (Landkreis)	Rheda-Wiedenbrück
Bonn	Halle (Saale)	Mettlach	Reisdorf
Büdingen	Heidenrod	Moers	Remscheid
Chemnitz	Heiligenhaus	Mühlheim am Main	Rheda-Wiedenbrück

Cottbus	Henstedt-Ulzburg	Nauheim	Schmölln
Darmstadt	Langenhagen	Netphen	Schwalmtal
Duisburg	Löhne	Neustadt am Rübenberge	Solingen
Eisingen/Fils	Luckenwalde	Norderstedt	Steinau an der Straße
Emden	Mainhausen	Nottuln	Stuttgart
Fürstenwalde an der Spree	Maintal	Osnabrück	Westerkappeln
Gelnhausen	Mansfeld-Südharz	Pirmasens	Wuppertal

## Status Fortführung (F)

Ahlen	Bernau	Herzebrock-Clarholz	Potsdam
Altenberge	Blankenfelde-Mahlow	Hilden	Schöneiche
Bad Wörishofen	Eberswalde	Jena	Schortens
Bedburg	Ennepetal	Köln	Senftenberg
Beelen (Gemeinde)	Erfurt	Lampertheim	Siegburg
Berlin Friedrichshain-Kreuzberg	Fehmarn	Leipzig	Steinfurt
Berlin Lichtenberg	Freiburg im Breisgau	Meerbusch	Strausberg
Berlin Marzahn-Hellersdorf	Garbsen	Monheim am Rhein	Taunusstein
Berlin Neukölln	Großbreitenbach	Mülheim an der Ruhr	Trier
Berlin Spandau	Gütersloh	Münster	Weimar
			Wesel
			Wildeshausen
			Worms

## Status Kein Status (K)

Aalen	Eschweiler	Lahr/Schwarzwald	Saarbrücken
Albstadt	Euskirchen	Lemgo	Saarlouis
Alsdorf	Fellbach	Leonberg	Schlangen
Alsfeld	Filderstadt	Lingen (Ems)	Schlüchtern
Amberg	Flensburg	Lörrach	Schönberg
Aschaffenburg	Forchheim	Ludwigsburg	Schwäbisch Gmünd
Augsburg	Frankenthal (Pfalz)	Ludwigshafen am Rhein	Schweinfurt
Aurich	Frankfurt (Oder)	Magdeburg	Schwerin
Bad Homburg vor der Höhe	Frechen	Marburg	Seevetal
Bad Kreuznach	Freiberg	Mecklenburg-Vorpommern	Siegen
Bad Kreuznach (Landkreis)	Freigericht	Melle	Sindelfingen
Bad Münde	Friedrichshafen	Menden (Sauerland)	Singen (Hohentwiel)
Bad Salzflen	Fulda	Minden	Soest
Bad Zwischenahn	Fürth	Mönchengladbach	Spiesen-Elversberg
Bamberg	Georgsmarienhütte	Neubrandenburg	Steinach
Bautzen	Gießen	Neunkirchen	Stendal
Bayreuth	Gießen (Landkreis)	Neuss	Straubing
Bergisch Gladbach	Gifhorn	Neustadt an der Weinstraße	Tornesch
Bergkamen	Göppingen	Neu-Ulm	Unna
Bielefeld	Görlitz	Niedersachsen	Velbert
Bietigheim-Bissingen	Gotha	Nienburg/Weser	Versmold
Blieskastel	Greifswald	Nordhausen (Landkreis)	Viernheim
Böblingen	Gronau (Westf.)	Nordhorn	Viersen
Bocholt	Gummersbach	Nürtingen	Villingen-Schwenningen
Borken	Halberstadt	Oberhausen	Waiblingen
Bornheim	Hamel	Oberursel (Taunus)	Weilerswist
Brake (Unterweser)	Heidelberg	Oestrich-Winkel	Weißfels
Brandenburg	Heidenheim an der Brenz	Offenbach am Main	Werl
Bremen	Heilbronn	Offenheim	Westerstede
Bremerhaven	Heinsberg	Paderborn	Wetzlar
Bünde	Herford	Passau	Wilhelmshaven
Coburg	Hof	Peine	Willich
Cuxhaven	Homburg	Pforzheim	Witten
Dachau	Ibbenbüren	Pulheim	Wittenberg, Lutherstadt
Detmold	Ingelheim	Rastatt	Wolfenbüttel
Dormagen	Itzehoe	Ravensburg	Wölfersheim
Dorsten	Kamen	Recklinghausen	Wolfhagen

Dülmen	Kehl	Reutlingen	Worpswede
Düren	Kempten (Allgäu)	Rheine	
Eichenau	Kirchanschöring	Rheinstetten	
Eixen	Kleve	Riedstadt	
Ellwangen	Königswinter	Rodgau	
Elmshorn	Kyritz	Roetgen	
Erkelenz	Laatzen	Rosenheim	
Erkrath		Rostock	
		Rottenburg am Neckar	
		Rudolstadt	